

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Drahtschreib:  
Tageblatt Riesa  
Vertrauf 1937  
Postfach Nr. 53

Postfach:  
Riesa 1580  
Straßen:  
Riesa Nr. 53

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns  
am Großenhain bezüchlich bestimmte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa  
und des Hauptzollamtes Reichen

Nr 192

Donnerstag, 18. August 1938, abends

91. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenrate (6 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesetzte 48 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Pfg., die 30 mm breite, 8 gespaltene mm-Zeile im Textteil 25 Pfg. (Grundgröße: Petit 8 mm hoch). Bittergebühr 27 Pfg., tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bestellung oder fernmündlicher Abänderung eingesandter Anzeigentexte oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konturs oder Zwangsversteigerung wird etwa schon bewilligter Nachlass hinsichtlich Erfüllungsort für Vierung und Zahlung und Gerichtsstand in Riesa höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Goethestraße 50.

## Scharfe Abrechnung der Sudetendeutschen mit den tschechischen Machenschaften

Widersprüche Hodjas — Die sudetendeutschen Forderungen nochmals präzisiert

Prag. In der am Mittwoch nachmittags, dem 17. August, stattgefundenen Sitzung der Regierung mit der Delegation der Sudetendeutschen Partei, in der auch die Vertreter der Koalitionsparteien anwesend waren, nahm Abgeordneter Kundt zu den Darlegungen des Ministerpräsidenten Dr. Hodja und zu den Ausführungen der Vertreter der Koalitionsparteien insoweit Stellung, als es der damals vom Ministerpräsidenten bekanntgegebene Standpunkt des politischen Kabinetts und des Koalitionsausschusses zu einigen prinzipiellen Fragen der Regierungsvorschläge und zu dem Memorandum der Sudetendeutschen Partei vom 7. Juni 1938 erforderte. Zunächst rief Abg. Kundt die Entwidlung der Fühlungnahme zwischen der Sudetendeutschen Partei und der Regierung in Erinnerung, da bei den nunmehrigen Gesprächen auch die Vertreter der parlamentarischen Klubs der Koalitionsparteien hinzugezogen wurden.

Kundt schilderte eingangs den bisherigen Verlauf der Verhandlungen der Sudetendeutschen mit dem Ministerpräsidenten seit Februar d. J., unterbrochen durch die tschechische Militäraktion vom 21. Mai. Er erwähnte dabei die Ueberreichung des ZbV-Memorandums am 7. Juni und die anschließenden Ausprägungen. Am 10. August d. J. habe der Vorsitzende der Regierung offiziell bekanntgegeben, daß die bis zu diesem Tage der ZbV ausgefolgten Elaborate die vorläufig endgültigen Vorschläge der Regierung darstellten. Die ZbV bestimme nun das Nationalitätenstatut in Veranlassung der Nationalitätenstatut, allerdings ohne das Kapitel „Die Gemeinden“. Hierzu eine Durchsicht zu dem Kapitel des Nationalitätenstatutes, betreffend die territorialen Selbstverwaltungsorgane, gleichfalls ohne das Kapitel „Gemeinden“. Ferner hierzu die Umschreibung des Kompetenzbereiches der Länder und Bezirke, aber nicht in der Fassung eines Gesetzesentwurfes. Schließlich den Entwurf einer Novellierung des geltenden Strafgesetzbuches.

Aus diesen Feststellungen über den bisherigen Gang der informativen Gespräche ergibt sich, so betonte Kundt, der Tatbestand, daß es nicht an der ZbV-Delegation lag, wenn in meritorischen Verhandlungen bisher nicht eingetreten werden konnte.

Wegen der Zustellung von Vertretern der parlamentarischen Klubs der Regierungsparteien wird die ZbV-Delegation inselange nichts einwenden, als dadurch der bisherige Charakter von Zusammenkünften zwischen Regierung und ZbV-Delegation gewahrt bleibt.

Die Feststellung des Ministerpräsidenten, daß durch die Zusammenkunft vom 11. August die informativen Gespräche beendet sind und nun Verhandlungen zwischen ZbV und Regierung begonnen haben, nimmt die ZbV-Delegation zur Kenntnis. Schon durch die Zustimmung der ZbV-Delegation vom 15. August sind die in den letzten Tagen aufgestellten Behauptungen eines Teiles der tschechischen Presse widerlegt, wonach die ZbV auf Verhandlungen einzugehen überhaupt nicht gewillt sei.

Als ausschließlichen Zweck der formellen am 11. Aug. begonnenen Verhandlungen und somit als Aufgabe dieses Kollegiums betrachtet die Sudetendeutsche Partei die Herstellung einer gemeinsamen Auffassung zwischen der Regierung und den tschechischen Regierungsparteien einerseits und zwischen der Sudetendeutschen Partei andererseits darüber, ob und wie durch einen Umbau des Staates der innerstaatliche Friede gefunden werden kann. Erst nach einem solchen Ergebnis kommt eine Verhandlung über Teilfragen in Betracht.

Unsere Skizze geht von der berechtigten Auffassung aus, daß die Tscheco-Slowakei ihrer natürlichen Zusammenlegung nach kein Nationalstaat einer bestimmten Nation sein kann, sondern ein Nationalitätenstaat ist und dementsprechend aufgebaut sein muß. Als notwendiges Aufbauprinzip verlangt unsere Skizze im Sinne der acht Kardinalforderungen Konrad Henleins nicht nur die gleichzeitige Verankerung der Gleichberechtigung der Staatsbürger ohne Unterschied der Nationalität, sondern vor allem die Anerkennung und verfassungsmäßige Verankerung dieser Gleichberechtigung und einen dementsprechenden Umbau des Staates von Grund an.

Der Ministerpräsident versucht nun zu beweisen, daß die geltende Verfassungsurkunde in ihrem heutigen Wortlaut die Gegebenheiten nationaler Kollektiva anerkennt. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß der Ministerpräsident namens der Regierung die Verfassungsurkunde in dieser Richtung ausdeutet, sobald noch vor kurzem aus Anlaß der Diskussion über unsere bekannten Volksgruppenanträge, die sich auf die Verfassungsurkunde stützen, eine solche Auslegung der Verfassungsurkunde bestritten und mitunter sogar als staatsfeindlich gewertet wurde. Weiter stellen wir mit Genugtuung fest, daß der Ministerpräsident bei seinen Ausführungen den in der Verfassung unbekanntem Begriff „Volksgruppe“ gebraucht, wenn auch nur bei der negativen Behauptung, daß die deutsche Volksgruppe in der Tscheco-Slowakei kein zusammenhängendes Gebietsganzes bildet. In positiver Hinsicht aber vermeldet die Regierung bisher die Anwendung dieses Begriffes. Der Grundlag der Gleichberechtigung der Völker und Volksgruppen wird noch weniger ausdrücklich im vorliegenden Nationalitätenstatutentwurf anerkannt, noch weniger ein dementsprechender

Umbau des Staates vorgeschlagen. Es wird lediglich der bisher praktisch nicht angewandte Grundsatz der Proportionalität in Erinnerung gebracht, wie der Ministerpräsident erklärte, damit die Volksgruppen die Möglichkeit hätten, in einem entsprechenden Ausmaß einen Einfluß auf die wichtigsten Akte der Staatsgewalt auszuüben. Die zwanzigjährige Erfahrung aber hat gelehrt, daß dies alles Theorie geblieben ist. Entscheidend war die Auffassung der nationalen Mehrheit, die den Staat vor allem als ihren Staat betrachtet, danach aufbaute und verwaltete. Das Ergebnis der daraus resultierenden rigorosen Praxis der Staatsführung und Staatsverwaltung ist die Tatsache, daß dieser Staatsraum immer mehr und mehr durch sein ungelöstes Nationalitätenproblem ein Raum nicht nur innerstaatlichen Unfriedens, sondern auch europäischer Friedensgefahr wurde. Diese Tatsache ist die Ursache der Mission Lord Runcimans! Leider muß ich feststellen, daß die vorgelegten Elaborate der Regierung in seiner Hinsicht einen Vorstoß darstellen, der von ihrer bisherigen Auffassung im Grundfähigen abweicht und sich den tatsächlichen Verhältnissen und unserer Auffassung irrendwie nähert. Im Grunde genommen bilden die Elaborate der Regierung nichts anderes als eine Modifikation bisher schon geltender Verfassungsgrundsätze, gesetzlicher Bestimmungen, Verordnungen und Verwaltungspraktiken, die alle die Ursache des heutigen Zustandes sind. Die Elaborate verwenden außerdem besondere Sorgfalt darauf, die seit 1918 in das deutsche Gebiet verplanten tschechischen Volksangehörigen zu schützen, während doch der Sinn einer neuen Rechtsordnung nicht die Petrifizierung des seit 1918 entwickelten Unrechts sein soll, sondern Gewährung der vollen Gleichberechtigung an alle Völker und Volksgruppen im Staat.

Erst in diesem Rahmen kommt auch der Schutz der Minderheiten im deutschen und tschechischen Siedlungsgebiet in Betracht.

Wenn der Ministerpräsident im Namen der Regierung zu beweisen versucht, daß es kein deutsches Siedlungsgebiet gibt, so ist für diesen Versuch kennzeichnend, daß er sich auf Zahlen jenes Besiedlungszustandes stützt, die durch staatliche oder vom Staat geförderte Maßnahmen seit 1918 herbeigeführt wurden. Die Stellungnahme der Regierung läßt also jene Forderungen unserer Spitze außer acht, die die Schaffung nationaler Verwaltungseinheiten auf dem Besiedlungszustand vom Jahre 1918 aufbaut. Sie werden aber niemals von uns erreicht, daß wir die Ergebnisse der Tschekisierungsdaktion unserer deutschen Gebiete irgendwie anerkennen werden!

Wenn die Regierung beantragt, den Aufbau der nationalen Selbstverwaltung im Rahmen der bisherigen territorialen Selbstverwaltungsverbände zu vollziehen, so liegt darin eine Ablehnung unseres Vorschlages über die allein zweckmäßige Form einer wirklichen Selbstverwaltung. Ich stelle hierzu fest, daß in diesem Punkt der Vorschlag der Regierung und unser Vorschlag unüberbrückbar sind, weil sie von ganz verschiedenen und geradezu gegensätzlichen Auffassungen ausgehen. Die sehen sich als das den Staat allein tragende und zu seiner Führung allein berechnete Volk an. Sie billigen den übrigen Volksgruppen nur eine untergeordnete Stellung zu. Sie betrachten daher die Sudetendeutschen nur als eine Minderheit, gewähren ihnen nur besondere Schutzrechte, schaffen für sie nur Ausnahmestimmungen und glauben, hierbei noch besonders großzügig zu sein.

Fortsetzung nächste Seite.

## Volkswirtschaftliche Agitation in 608 Zeitschriften Amerikas

640 getarnte kommunistische „Front“-Verbände

Die ungeheuerliche Geharbeit der Komintern in USA, restlos entlarvt

Washington. Die schier endlose Kette von schwerelastendem Material gegen die Komintern, die sich seit einigen Tagen in den Sitzungen des Dies-Komitees, dem Untersuchungsausschuß des Kongresshauses zur Aufdeckung nichtamerikanischer Machenschaften arollt, erstreckt auch am Dienstag ungeheuerliche Beweise der Geharbeit des Volkswirtschafts in Amerika. Die Zuhörer zeigten sich sichtlich erschüttert über das unerschöpflich weitreichende Netz der kommunistischen Organisation. Gleichzeitig aber ist der große Eindruck nicht zu verhehlen, der durch die sorgfältige und energiegelbe Arbeit der Antikominternorganisationen, die dieses Beweismaterial gesammelt haben und jetzt der amerikanischen Öffentlichkeit nahebringen, hervorgerufen wird. Dabei wird in volstem Maße berücksichtigt, wie der Widerhall in der ganzen Presse zeigt, daß die Enthüllungen gerade vor diesem Forum endlich die so dringend benötigte Beachtung erfahren.

Neben der American Federation of Labor arbeiten an der Bekämpfung des Volkswirtschafts durch die Bloßlegung seiner Böhlarbeit besonders der amerikanische Legion und ein Interessensverband, der 114 nationale Vereinigungen, darunter Verbände von Reserveoffizieren, Kriegsveteranen, usw. umfaßt.

Ein Angehöriger der letztgenannten Gruppe hatte am Dienstag im Sitzungssaal des Ausschusses einen großen

Volksstern angeschlossen, die dichtgedrängt die gesamte kommunistische Agitationsliteratur in USA, enthielten, so u. a. 200 Zeitungen und Zeitschriften von sage und schreibe 608 Staaten Zeitungen und Zeitschriften, die in den Vereinigten Staaten erscheinen. Selbst die Mitglieder des Ausschusses zeigten sich betroffen, da sie ein derartiges Ausmaß der volkswirtschaftlichen Agitation nie für möglich gehalten hätten.

Nicht weniger überraschte jedoch das urfandliche Material über das Bestehen von 640 getarnten kommunistischen „Front“-Verbänden unter allen möglichen harmlos oder verführerisch klingenden Namen. Selbstverständlich betonen sie alle irgendwie die „Friedenssicherheits“- und bearbeiteten die Jugend, die Universitäten sowie die Betriebe. Insbesondere aber versuchen sie auch, sich im Mittelstand einzunisten. Die Unternehmung erbrachte auch die sehr gefährliche Entdeckung, daß diese unterirdischen Kräfte in erster Linie bemühen, selbst Wirtschaftsabotage zu treiben und dabei vor Gewaltanwendungen nicht zurückzusehen. Vor allem sehe sie ihre Aufgabe darin, die Beziehungen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern ständig zu lockern und allmählich die auf diese Art unzufrieden gemachte Arbeiterschaft, insbesondere die Jugend, in das Lager des Volkswirtschafts zu verführen.

## Die Vorbereitungen zum Reichsparteitag voll im Gange

Goßbetrieb in der Organisationsleitung — Ueber 400 000 menschliche Teilnehmer — Zahlreiche Meldungen aus der Ostmark. Besucher aus allen Teilen der Welt.

Nürnberg. Der erste Abschnitt der Vorbereitungsmaßnahmen für den diesjährigen Reichsparteitag ist — wie die NSDAP aus Nürnberg meldet — bereits zum Abschluß gelangt. Die Organisationsleitung arbeitet mit Hochdruck. Die Vorformandos der Gauleitungen sind aus allen Gauen des Reiches bereits in Nürnberg eingetroffen. Der Aufbau der großen Feststätte ist bereits fast vollendet.

Auch in diesem Jahre werden über 400 000 Politische Leiter, SA., SS., NSDAP., Arbeitsmänner und Hiltzerjungen am Reichsparteitag teilnehmen. Davon kommen über 10 000 aus den Ostmarkgauen. Außer diesen dienstlichen Teilnehmern sind Besucher in einer schon jetzt die Meldungen der vergangenen Parteitage weit übersteigenden Anzahl angemeldet. Besonders groß ist in diesem Jahre das Interesse der Auslandspresse und der privaten Besucher aus dem Auslande. Aus allen Ländern und Erdteilen sind Besucher angemeldet, die an dem großen Erlebnis des Reichsparteitages teilnehmen und dabei das nationalsozialistische Deutschland kennen lernen werden.

## Neues aus Nürnberg

Zum Reichsparteitag findet in diesem Jahre auch erstmalig eine Sondertagung des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP. statt, auf der Gauleiter Streicher und Reich-

amtsleiter Dr. Groß sprechen werden. Die Sondertagung wird am 12. September im Kulturvereinshaus abgehalten. Dem Parteitag voraus geht vom 2. bis 4. September die schon angekündigte Landesleitertagung des Reichsbundes der Kinderreichen.

## Im tschechischen Solde

Scheimnisvolle Instruktionsserie  
Beunruhigung der deutschen Bevölkerung

Wien. Schon seit einiger Zeit geben im sudetendeutschen Gebiet geheimnisvolle Dinge vor sich. An den Abenden kann man auf abgelegenen Bezirksstraßen, aber auch auf Landstraßen, die Abhaltung von Autofahrten beobachten. Die Jüglinge dieser Kurie rekrutieren sich aus den Restbeständen der sudetendeutschen Nazikolonnen. Diese Leute, die den Weg zur ZbV noch nicht gefunden haben, werden von uniformierten Tscheken, Angehörigen der Staatspolizei oder der Gendarmrie, ausgebildet. Es werden außerdem unter Leitung tschechischer staatlicher Sicherheitsangehöriger auch Instruktionsserien im Gemeindefischen abgehalten. Die Kurie werden streng geheimgehalten. Der deutschen Einwohnerchaft hat sich angefangen dieses dunklen Treibens bereits große Erregung bemächtigt. Die ausgesprochen feindliche Tendenz gegenüber der ansässigen Bevölkerung, die sich bei der Abhaltung dieser Geheimkurse bemerkbar macht, berechtigt an der Annahme, daß hier unter dem Deckmantel und mit Beihilfe untergeordneter Sicherheitsbehörden Bürgerkriegsvorbereitungen durchgeführt werden.